

# Protokoll

## des Einwohnerrates Zofingen

### Amtsperiode 2014/17

### 4. Sitzung vom Montag, 20. Oktober 2014, 18.00 – 21.32 Uhr im Stadtsaal

#### Vorsitz

Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin

#### Protokollführer

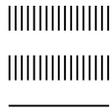
Arthur Senn, Stadtschreiber

#### Anwesend

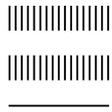
- 35 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates
- Bereichs- und Abteilungsleitende der Stadtverwaltung

#### Entschuldigungen

- Elmar Bertschinger, Ratspräsident
- Urs Bürkli, Einwohnerrat
- Claudia Hauri, Einwohnerrätin
- Sandra Olar, Einwohnerrätin
- Renata Siegrist-Bachmann, Einwohnerrätin



<b>Traktandenliste</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Mitteilungen</b>	73
<b>2. Budget 2015</b>	
GK 57	74
Budget 2015 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuerfusses für 2015 sowie Investitionsplanung 2015 – 2024 der Einwohnergemeinde Zofingen	
<b>3. Einbürgerungen</b>	
3 Einbürgerungsgesuche (GK 54 bis GK 56)	86
<b>4. Kreditbewilligung</b>	
GK 58	87
Gütli – Kommunales Strassenbauprojekt	
GK 59	89
Busterminal – Erneuerung und Werterhalt Verkehrsflächen und Glasdach	
<b>5. Parlamentarische Vorstösse</b>	
GK 39	93
Postulat der Fraktion DYM vom 24. März 2014 betr. Überprüfung Organisation Hochbau (Begründung; Stellungnahme Stadtrat)	
GK 51	94
Interpellation der SP-Fraktion vom 23. Juni 2014 betr. Unterbringung von Asylsuchenden in Zofingen (Begründung; Antwort Stadtrat)	
GK 48	94
Postulat der Fraktion DYM vom 23. Juni 2014 betr. Übernahme sozialer Verantwortung im Asylwesen und Anbietung von Asylunterkünften (Begründung; Stellungnahme Stadtrat)	
GK 49	95
Postulat der SP-Fraktion vom 23. Juni 2014 betr. Strategie und Organisation der Zofinger erzo Delegation (Begründung; Stellungnahme Stadtrat)	
GK 53	96
Interpellation der SP-Fraktion vom 23. Juni 2014 betr. Stadt Region Zofingen und Mittellandarena (Begründung; Antwort Stadtrat)	
<b>6. Umfrage</b>	96



## Begrüssung

**Miriam Ruf-Eppler**, Vizepräsidentin

Die Vizepräsidentin gibt zu Beginn die krankheitsbedingte Absenz des Einwohnerratspräsidenten bekannt und wünscht ihm gute Besserung. Sie begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne. Speziell begrüsst werden die 6 Lernenden Kauffrau/Kaufmann der Stadtverwaltung, welche an dieser Sitzung anwesend sind.

Sie gibt die weiteren Entschuldigungen von Claudia Hauri, Sandra Olar und Renata Siegrist-Bachmann bekannt und erklärt, dass **Maja Freiermuth** als **Ersatz-Stimmzählerin** amten wird. Urs Bürkli wird aus geschäftlichen Gründen voraussichtlich noch später eintreffen.

Der Rat ist mit momentan **35 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

## Mitteilungen

Am 11. August 2014 ist **Rolf Benninger** verstorben. Er war von 1974 bis 1977 Mitglied des Einwohnerrates und gleichzeitig Mitglied der damaligen Rechnungsprüfungskommission. Zudem hatte er in folgenden Spezialkommissionen Einsitz: Neubau der HPS, Überprüfung des Modells der RPW für einen demokratisch strukturierten Regionalverband, Neubau des Altersheims „Im Tanner“, Revision der Ortsplanung sowie Prüfung des „Zukunftskonzeptes für die Region Wiggertal“ der RPW. Von 1982 bzw. 1990 bis 1993 war er zudem Mitglied der Kommission für Altersheime bzw. der Baukommission Sanierung Altersheime.

(Schweigeminute)

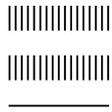
**Benjamin Gut**, SP/JUSO, sp, wird per 31. Oktober 2014 als Mitglied des Einwohnerrates zurücktreten. Das Demissionsschreiben wird verlesen. Die Würdigung erfolgt nach der Umfrage.

Aufgrund dieses Rücktritts erfolgt im November eine **Ersatzwahl Abgeordnete/r erzo „ARA“ und „KVA“** für den Rest der laufenden Amtsperiode. Allfällige Wahlvorschläge für die Ersatzwahl sind dem Stadtschreiber bis spätestens Freitag, 21. November 2014, 12.00 Uhr, einzureichen.

**Barbara Willisegger** hat ihre Demission als Mitglied des Büros per Ende 2014 eingereicht. Als Ersatz schlägt die SVP Nadia Kuhn vor. Auch diese Ersatzwahl wird an der November-Sitzung vorgenommen.

Am 2. Juli 2014 wurde das **Legislativprogramm** des Stadtrates verschickt. Dieses hat offenbar an verschiedenen Orten Diskussionen ausgelöst.

Am **26. Oktober 2015** findet das nächste **Parlamentarier-Treffen AareLand** statt. Nachdem der letzte Anlass in Olten stattgefunden hat, wird das Treffen dieses Mal in Zofingen durchgeführt. Die Mitglieder von Einwohnerrat und Stadtrat werden gebeten, den Termin vorzumerken.



Als **Tischaufgabe** erhalten die Ratsmitglieder die **Traktandenliste** sowie die **Vorlagen** für die **Einwohnerratssitzung vom 24. November 2014**.

Das **Protokoll** der Einwohnerratssitzung vom **23. Juni 2014** gilt als **genehmigt**, die Einwendefrist ist am 11. August 2014 abgelaufen.

### Neueingänge

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Motion der SP/JUSO-Fraktion betr. Schandfleck Bezirksschulturnhallen – Sanierung jetzt!
- Interpellation der SP/JUSO-Fraktion betr. Sparmassnahmen im Budget des Kantons: Auswirkungen auf die Finanzen der Stadt Zofingen
- Postulat der FDP-Fraktion betr. effizientere Leistungserbringung dank E-Government
- Interpellation der Fraktion DYM (CVP, EVP, glp und Parteilose) betr. Abdankungshalle – wie weiter? (Nachträgliche Information der Einwohnerratmitglieder über den Eingang dieses Vorstosses durch den Ratssekretär mit E-Mail vom 21. Oktober 2014).

### Art. 22

#### GK 57

#### **Budget 2015 (Erfolgs- und Investitionsrechnungen) inkl. Festsetzung des Gemeindesteuereffusses für 2015 sowie Finanz- und Investitionspläne 2015 – 2024 der Einwohnergemeinde Zofingen**

**Robert Weishaupt**, Präsident FGPK

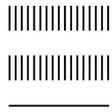
Das Budget 2015, welches nach HRM2 erstellt wurde und den gesetzlichen Vorgaben der Gemeindeordnung entspricht, liegt vor. Dieses wurde im Anschluss an die Präsentation durch Stadtammann und Leiter Finanzen und Controlling an der FGPK-Sitzung vom 27. August 2015 in 5 Teams detailliert geprüft. Das Resultat der Budgetprüfung wurde an der Sitzung vom 25. September 2015 mit dem Gesamtstadtrat besprochen, nachdem im Vorfeld sowohl die politisch-strategischen als auch die technischen Fragen bereits schriftlich beantwortet wurden.

Es handelt sich um ein straffes Budget, zu welchem folgende Eckdaten erwähnt werden können:

- Das Budget basiert auf einem Steuereffuss von weiterhin 102 %. Dieser hat seit 1989 keine Änderung erfahren.
- Die Klärgebühren sowie die Kehrichtsackgebühren bleiben ebenfalls unverändert.
- Hingegen soll die Grundgebühr für die Kehrichtentsorgung sinken; dies infolge Auslagerung der Hauptsammelstelle im Werkhof, sofern diesem Geschäft an der nächsten Einwohnerratssitzung zugestimmt wird.

Das operative Ergebnis sieht einen Abschluss mit einem Minus von CHF 296'730 bei einem Gesamtergebnis resp. Selbstfinanzierung von CHF 2,88 Mio. vor. Die Selbstfinanzierung wird auch in den nächsten Jahren der Knackpunkt bleiben. Diese ist angesichts der geplanten Investitionen und der laufenden Rechnung viel zu tief. Es fehlen rund CHF 2 Mio. jährlich, um einigermaßen wirtschaften zu können und den Schuldenberg nicht ins Unermessliche zu treiben.

Im vorliegenden Budget sind bei der Einwohnergemeinde CHF 12,7 Mio. an Investitionsausgaben geplant. Nach Abzug der Investitionseinnahmen und der Selbstfinanzierung ergibt sich ein Finanzie-



rungsfehlbetrag von rund CHF 9 Mio. (exkl. Spezialfinanzierungen). Dies ergibt eine Verschuldung von CHF 621 pro Einwohner per Ende 2015.

Der Selbstfinanzierungsanteil oder die finanzielle Leistungsfähigkeit – also derjenige Teil, mit welchem Investitionen finanziert oder Schulden abgebaut werden könnten – beläuft sich auf 4,7 %. Dieser Wert liegt ebenfalls eindeutig zu tief. Er sollte nicht unter 15 % sinken. Auch der Selbstfinanzierungsgrad mit 24,3 % ist zwangsläufig zu tief. Hier müssten langfristig 100 % angestrebt werden.

Es wurden verschiedene Optimierungsmassnahmen umgesetzt, so z.B.

- weitere Reduktion des Stellenplans im Werkhof durch Pensionierungen. Ersparnis: CHF 190'000.
- Reduktion des Rücklagefonds der Repol. Ersparnis: CHF 50'000.
- Wegfall der Ersatzabgabe im Asylwesen. Ersparnis: CHF 50'000.
- Reduktion der Kosten im Friedhofunterhalt. Ersparnis: CHF 30'000 und
- Reduktion des Beitrages an das Museum. Ersparnis: CHF 10'000.

Insgesamt konnten CHF 395'000 eingespart werden. Es handelt sich nicht um grosse Posten, aber es sind immerhin einige kleine Schritte, die nicht so schmerzen.

Bei den Investitionsausgaben werden folgende wichtigen Projekte aufgelistet:

- Bauliche Sofortmassnahmen im Bildungszentrum BZZ von CHF 1,1 Mio.
- Projektierung und 1. Tranche Realisierung Neubau Quartierschulhaus BZZ von CHF 1,6 Mio.
- Erneuerung Wärmeerzeugung im Quartierschulhaus Mühlethal von CHF 0,5 Mio.

Als grösste Posten bei den Investitionsprojekten sind

- der Ausbau der K315 Mühlethal mit CHF 1,2 Mio. und
- die Unterführung K233 Strengelbacherstrasse mit CHF 4 Mio.

zu erwähnen.

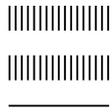
Bei den Spezialfinanzierungen werden

- für den Neubau des Seniorenzentrums CHF 10 Mio.
- für die Erstellung der Alterswohnungen CHF 300'000 und
- für diverse Sanierungsprojekte GEP 2015 CHF 400'000

aufgewendet.

Wirft man noch einen Blick in die Zukunft, so wird Zofingen voraussichtlich bis Ende 2024 alleine CHF 11 Mio. in die Hochbauten stecken. Für den Ersatz der Schulinformatik werden CHF 1,3 Mio. ausgegeben und der Neubau des Quartierschulhauses BZZ wird schlussendlich rund CHF 8,1 Mio. kosten. Alle Projekte und Investitionen sind im Budget ab Seite 18 zu finden.

Will man immer „up to date“ bleiben, so gibt es viel zu tun. Es wäre jedoch Realitätsverweigerung, wollte man den wachsenden Schuldenberg nicht sehen. Dieser wird von Ende 2015 (CHF 7 Mio.) auf CHF 22,9 Mio. bis Ende 2018 steigen und im 2019 sogar auf CHF 29 Mio. – dies bei einer finanziellen Leistungsfähigkeit basierend auf dem Budget 2015 von nicht ganz CHF 3 Mio. pro Jahr. Eigentlich dürften ab 2020 für ungefähr 9 Jahre keine Investitionen mehr getätigt werden, damit diese Schulden wieder abgetragen werden könnten. Da dies keine gute Idee ist, muss klar überlegt werden, welche Szenarien möglich bzw. umsetzbar sind, um längerfristig den Zofinger Finanzhaushalt ausgeglichen gestalten zu können. Denkbar wäre einerseits ein deutliches Wachstum der Steuereinnahmen oder eine Erhöhung des Steuerfusses. Dadurch würde mehr Geld in die Kasse fliessen. Auf der anderen Seite steht die Reduktion der Ausgaben durch Leistungsabbau oder Einschränkungen bei der Investitionstätigkeit.



Als Fazit hält der FGPK-Präsident fest, dass die FGPK bei den Informatikinvestitionen den Warnfinger hebt. Diesbezüglich herrscht ein allgemeines Unbehagen. Daher wird sich die FGPK bei der nächsten Rechnungsprüfung eingehend mit diesen Ausgaben befassen. Besonders stossend empfindet die Kommission die Kosten von CHF 100'000 für die Realisierung einer neuen Homepage, welche nach Meinung der Kommissionsmitglieder ganz oder teilweise unnötig ist. Es wurde jedoch bewusst darauf verzichtet, einen Antrag zu stellen. Dieser Ball wird dem Einwohnerrat zugespielt. Er wiederholt nochmals die ungenügende Selbstfinanzierung von jährlich CHF 2 Mio. und erwähnt, dass die dunklen Wolken bezüglich APK nicht verschwunden, sondern noch massiv dunkler geworden sind. Es muss mit einem Gewitter gerechnet werden, welches die Stadt zwischen CHF 15 Mio. und CHF 20 Mio. kosten könnte. Weiter wird festgehalten, dass nicht mehr viele weitere Einsparungen aus Optimierungsmassnahmen möglich sind. Die pendenten Sparmassnahmen sind komplex, kurzfristig nicht umsetzbar oder bringen kein grosses Sparpotential. Er legt Wert auf die Feststellung, dass er als FGPK-Präsident auch ein besonderes Augenmerk darauf legen wird, wie es mit der Umsetzung der Jahresziele, welche sich der Stadtrat gesetzt hat, Ende 2015 verhält.

Abschliessend erfolgt ein Ausblick. Es ist richtig, dass der Stadtrat an seinem umfangreichen Investitionsprogramm festhält, damit Zofingen – wie bereits erwähnt – „up to date“ bleibt. Die Nettoverschuldung darf jedoch nicht über CHF 25 Mio. steigen, daher muss sich der Einwohnerrat genau überlegen, was er will. Will er auf die Verbesserung der Steuerkraft infolge Wachstum hoffen; soll eine Steuererhöhung vorgenommen werden, damit dank Investitionen und guten Angeboten – wie Badi, Bibliothek, Bildung usw. – die Standortattraktivität gesichert werden kann oder soll dort ein Dienstleistungsabbau erfolgen, wo es noch möglich ist – im Bereich Freizeit oder Bildung.

Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit der Ratsmitglieder. Gleichzeitig dankt er den FGPK-Mitgliedern, welche sich ernsthaft mit dem Budget 2015 auseinandergesetzt haben, für die ausgezeichnete Arbeit. Dem Stadtrat spricht er seinen Dank für die offene Kommunikation aus. Ebenfalls ein Dankeschön geht an den Leiter Finanzen und Controlling, René Küng, welcher tagtäglich gute Arbeit leistet und durch seine Souveränität beweist, dass er die Abteilung im Griff hat.

Die FGPK empfiehlt die Anträge 1 und 2 einstimmig (8:0 Stimmen) zur Annahme. Von Antrag 3 hat die FGPK mit 7:1 Stimmen Kenntnis genommen.

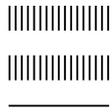
Der FGPK-Präsident schliesst seine Ausführungen mit einem Zitat von John Locke: „Unsere Einkommen sind wie unsere Schuhe. Wenn sie zu klein sind, drücken und kneifen sie uns. Wenn sie zu gross sind, lassen sie uns straucheln und stolpern“.

Eintreten ist nicht bestritten.

#### **Urs Plüss, DYM/EVP**

Dem Stadtrat und der Verwaltung wird ein Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Die Sparbemühungen tragen Früchte. Es konnten Einsparungen erfolgen, ohne das Dienstleistungsangebot schmerzhaft zu reduzieren. Die Debatte wird zeigen, ob die Zitrone bereits komplett ausgepresst ist.

Das Budget scheint solide, weist jedoch trotzdem einige Wermutstropfen auf. Die Informatikkosten steigen auch in Zofingen – wie in vielen anderen Gemeinden und beim Kanton – weiterhin an. Die Bewirtschaftung der Immobilien ist nicht optimal, hier liegt noch Sparpotenzial. Die neue Website liegt preislich an der oberen Grenze. Die finanzielle Unterstützung des Brunnenhofs scheint etwas zu grosszügig, soll doch die Verzinsung erst bei Bauübergabe zu laufen beginnen. Zu schaffen machen auch die Investitionen; der Selbstfinanzierungsgrad ist seit Jahren zu tief. Die Finanzaussichten sind nicht rosig. Es sollten Investitionen im Umfang von CHF 60 Mio. realisiert werden, was längerfristig zu einem Schuldenanstieg auf CHF 27 Mio. bis CHF 30 Mio. führen wird. Ein bisheriger grösserer Anstieg konnte nur durch Landverkäufe und andere Sondereffekte verhindert werden. Zudem hängt



das Damoklesschwert „APK“ über Zofingen. Sollte man verlieren, steigen die Schulden auf einen Schlag nochmals um CHF 15 Mio. bis CHF 20 Mio. Hinzu kommen die Kosten der Sanierung für das BZZ und evtl. der Henzmannunterführung. Dann wird nicht mehr von CHF 30 Mio. sondern von CHF 60 Mio. gesprochen. Sollte es soweit kommen, steht Zofingen mit dem Rücken zur Wand und die finanzielle Handlungsfähigkeit wird gleich null sein. In der Vergangenheit haben sich die düsteren Prognosen zwar nicht immer bewahrheitet, doch die Finanzaussichten sind trotz solidem Budget rabenschwarz.

Eine Mehrheit der Fraktion DYM empfiehlt das Budget zur Annahme, auch wenn die Aussichten alles andere als optimistisch stimmen. Auch Urs Plüss endet mit einem Zitat: „Wir werden an dem gemessen, was wir der nächsten Generation überlassen“. Vielleicht sollte es sich dabei nicht um einen Schuldenberg von CHF 60 Mio. handeln.

#### **Markus Gfeller, Fraktionschef SVP**

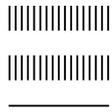
Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für das straffe Budget 2015. Es ist im Grossen und Ganzen in Ordnung. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, dass weitere Spar- und Optimierungsmassnahmen umgesetzt wurden und so doch immerhin CHF 395'000 eingespart werden konnten. Dieses Resultat ist nicht wahnsinnig ehrgeizig, doch zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Einsparungsmöglichkeiten ohne spürbaren Leistungsabbau sind rar geworden. Was auffällt, sind die hohen Informatikkosten und dass die weitere Reduktion des Beitrags an den Spittelhof zurückgenommen wurde. Der Stadtrat hat sich gegen verschiedene Sparmassnahmen gestellt, weil der entsprechende Leistungsabbau als zu einschneidend beurteilt wird. Daher zählt man auf die nächste Runde von FGKplus, in der hoffentlich neue Impulse gesetzt werden können.

Die SVP-Fraktion wird dem Budget zwar zustimmen, jedoch einen Antrag betr. Lohnerhöhungen stellen.

#### **Jakob Lang, Fraktionschef FDP**

Auch das Positive soll erwähnt werden. Die Finanzen sind im Lot, Zofingen weist kein strukturelles Defizit auf und ist jederzeit fähig, die laufenden Ausgaben mit den Einnahmen zu decken. Zudem können Investitionen getätigt werden. Es wurden diverse Optimierungs- und Sparmassnahmen durchgesetzt. Auch kann nach wie vor der Steuerfuss von 102 % beibehalten werden. Davon profitiert die Gesamtheit der steuerzahlenden Bevölkerung. Zofingen entwickelt sich und wächst – nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ, was bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen ersichtlich ist. Trotz der 3. Etappe der Steuergesetzrevision des Kantons Aargau scheint eine Trendwende eingetreten zu sein. Daher ist die Zukunft nicht rabenschwarz, denn das Glas ist halb-voll.

Das aktuelle Budget ist ausgeglichen und umsetzbar. Nebst den weiteren Optimierungsmassnahmen müssen auch die Projekte für die Zukunft diskutiert werden. Es wird viel investiert und diese Investitionen müssen anschliessend unterhalten werden. Der öffentliche Verkehr wird ausgebaut – das „Nazeli“ soll im Halbstundentakt verkehren – und es wird eine Direktverbindung nach Olten-Aarau-Brugg-Turgi geben. Dabei handelt es sich um Investitionen in die Attraktivität. Ebenfalls investiert wird in das Strassennetz und in die Stadtentwicklung (Untere Vorstadt, Wohnschwerpunkt Zofingen Süd, Falkeisenmatte). Diese grossen Investitionen und Generationenprojekte werden das Gesicht von Zofingen zum Teil verändern. Zofingen hat bereits in der Vergangenheit einen Strukturwandel in der Industrie durchgemacht und wichtige Einzelpersonen verloren, welche durch ihre Steuern den Wohlstand von Zofingen mitfinanziert haben.



Trotzdem zeichnet sich eine positive Entwicklung für die kommenden Jahre ab. Die Generationenprojekte werden aus dem aktuellen und dem zukünftigen laufenden Ertrag finanziert werden können. Das Geld soll jetzt ausgegeben und investiert werden. Gleichzeitig wird der Steuerertrag beobachtet, um die richtigen Entscheide zu treffen. In der Vergangenheit hat man immer zu hoch gezielt, was die Ausgaben betraf und zu tief, was den Ertrag aus den Steuern anging. Diese zwei Parameter sollen näher zusammengebracht werden.

Die FDP-Fraktion wird dem Budget zustimmen und bedankt sich bei allen Anwesenden für die effiziente Mithilfe bei der Umsetzung des Optimierungsprogramms.

**Marcel Thüler**, Fraktionschef SP/JUSO

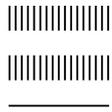
Sein erster Dank gebührt den Mitarbeitenden der Verwaltung für die Arbeit im Alltag und die Ausarbeitung des Budgets. Ein weiterer Dank geht an die FDP- und die SVP-Fraktion, welche mit ihrem Vorstoss dafür gesorgt haben, dass die bürgerlichen Fraktionen einen besseren Einblick erhalten haben, wo Zofingen steht.

Seit einigen Jahren lautet der Tenor, dass sehr viele Investitionen nachgeholt werden müssen, welche in der Vergangenheit aufgrund des Schuldenabbaus aus früheren Zeiten nicht möglich waren. Nun hat man begonnen, viel zu investieren; viele Projekte sind bereits in der Pipeline und zahlreiche weitere Wünsche sind vorhanden. Gleichzeitig wird darüber diskutiert, dass eine Verschuldung bis zu CHF 30 Mio. möglich wäre. Es kann jedoch nicht das Ziel sein, nur aufgrund der tiefen Zinsen einen solchen Schuldenberg anzuhäufen. Die Schulden müssen auch wieder abgebaut werden. Wenn nun im gleichen Trott weitergefahren wird, übergeben wir sowohl den Schuldenberg als auch die aufgestauten Investitionen den kommenden Generationen.

Um dieses Budget erstellen zu können, mussten einige Einsparungen vorgenommen werden. Die Auswirkungen davon sind heute noch nicht bekannt und ein diesbezügliches Nachvollziehen wird wohl schwierig werden. Was Zofingen auszeichnet, ist die verkehrstechnische Lage und das attraktive Angebot an öffentlichem Verkehr. Das wiederum soll zusätzliche Bewohner anziehen, was zu einem besseren Steuersubstrat führen soll. Um die Attraktivität zu erhalten, sind wiederum weitere Investitionen notwendig, was die Verschuldung wieder ansteigen lässt.

Um den Investitionsplan erstellen zu können, musste man sich einen Überblick betr. vorhandener Gebäulichkeiten sowie über den Investitionsbedarf an Strassen, Kanalisationen etc. verschaffen. Nach Ansicht der SP-Fraktion ist der Investitionsplan jedoch nicht komplett, weil zum Teil ebenfalls notwendige Investitionen nicht aufgeführt sind, weil man sich nicht in der Lage sieht, diese zu finanzieren. Dadurch können die Zahlen etwas beschönigt werden. Als Beispiel führt Marcel Thüler die Turnanlagen der Bezirksschule an. Diese sind in bemitleidenswertem Zustand. Ob dieses Verhalten zielführend ist, um Zofingen attraktiver zu machen, bleibt dahingestellt. Deswegen hat die SP-Fraktion einen entsprechenden Vorstoss eingereicht.

Ebenfalls in Betracht ziehen muss man, dass der Kanton momentan eine Leistungsanalyse durchführt, um Einsparungen zu realisieren und die Ausgaben zu drosseln. Vor einigen Jahren wurde vom Kanton zudem ausgeführt, dass eine Reduktion der Steuern für besser Verdienende und Unternehmen zu erhöhten Steuererträgen führen würde. Heute steht nun fest, dass zusätzliche Sparmassnahmen nötig sind, welche wiederum finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden haben werden. Entweder werden die Aufgaben an die Gemeinden delegiert oder diese Dienstleistungen werden nicht mehr angeboten. Um zu beleuchten, wie sich diese Sparmassnahmen in den kommenden Jahren für Zofingen auswirken, wurde eine Interpellation eingereicht. Es soll herausgefunden werden, was ausser den Investitionen noch auf Zofingen zukommt. Einig sind sich wohl alle, dass zumindest der heutige Standard gehalten werden soll.



Die SP-Fraktion wird das Budget genehmigen und den Anträgen zustimmen. Von den Investitions- und Finanzplänen werden nicht alle Kenntnis nehmen.

**Miriam Ruf-Eppler**, Vizepräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten.

### **Abschnittsweise Beratung der Einwohnerratsvorlage zum Budget 2015**

#### **1. Einleitung (Seiten 4 – 5)**

Keine Wortmeldungen.

#### **2. Die Mitglieder des Stadtrates und ihre Ressorts (Seite 6)**

Keine Wortmeldungen.

#### **3. Jahresziele 2015 (Seiten 7 – 10)**

Keine Wortmeldungen.

#### **4. Übersicht Budget 2015 (Seiten 11 – 17)**

Keine Wortmeldungen.

#### **5. Projekte und Investitionen (Seiten 18 – 26)**

IR-Konto 4.0222.5060.00 / 4.0222.5060.01 Erneuerung Informatik-Strukturen 2011 – 2015 bzw. Erneuerung Informatik-Strukturen 2016 – 2020 ff (Seite 18)

**Stefan Giezendanner**, SVP

Bei diesen beiden Positionen sind insgesamt CHF 850'000 budgetiert. Im Budget 2014 waren noch CHF 900'000 eingestellt. Davon war für 2014 ein Betrag von CHF 300'000 vorgesehen. Effektiv wurden aber offenbar lediglich CHF 50'000 realisiert. Was wurde im 2014 nicht realisiert und wird die Stadt demzufolge in den nächsten Jahren wieder einholen?

**Thomas Gloor**, Leiter Informatik und Kommunikation

Die Position von CHF 150'000 betrifft die letzte Tranche des vom Einwohnerrat im Jahr 2011 bewilligten Kredits von total CHF 1,5 Mio. und wird im 2015 noch investiert. Danach ist dieser Investitionszyklus abgeschlossen. Es gab gewisse Verschiebungen zu den Vorjahren, es konnte etwas mehr investiert werden, so dass nun noch diese CHF 150'000 verbleiben. Die weiteren Tranchen 2016 ff betreffen jährlich wiederkehrende Investitionen in die Infrastruktur.

**Stefan Giezendanner**, SVP

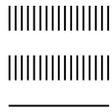
Die Frage scheint nicht abschliessend beantwortet. Wenn letztes Jahr für 2014 CHF 300'000 budgetiert wurden und nun neu nur noch CHF 150'000 bzw. insgesamt CHF 850'000 anstelle von CHF 900'000 ergibt sich ein Betrag von CHF 50'000, welcher bis jetzt realisiert wurde oder noch realisiert wird.

**Thomas Gloor**, Leiter Informatik und Kommunikation

Die erwähnten CHF 300'000 werden im Jahr 2014 ausgegeben. Das wurde letztes Jahr so geplant. Die CHF 150'000 sind für das kommende Jahr budgetiert. Zählt man alle Beträge zusammen, so kommt man auf die bewilligten CHF 1,5 Mio.

**Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann

Mit HRM2 ergibt sich eine gewisse Problematik bei den Ersatzinvestitionen. Einerseits läuft noch ein über mehrere Jahre bewilligter Verpflichtungskredit, aus welcher sich Verschiebungen der Tranchen



ergeben können. Erst am Ende bei der Kreditabrechnung ist dann das effektive Ergebnis klar ersichtlich. Andererseits spielen bereits neue Budgetkredite eine Rolle, welche dazu verwendet werden, um die „täglichen“ Apparaturen wie Drucker usw. zu ersetzen, welche ihre Lebensdauer bereits erreicht haben.

**Michael Wacker**, SP/JUSO, sp

Über wie viele PC-Arbeitsplätze verfügt die Stadt Zofingen aktuell?

**Thomas Gloor**, Leiter Informatik und Kommunikation

Zurzeit sind rund 220 PC-Arbeitsplätze vorhanden (Verwaltung inkl. Seniorenzentrum, Regionalpolizei und Stadtbibliothek).

## 6. Kennzahlen (Seiten 27 – 32)

Keine Wortmeldungen.

## 7. Details zum Budget

### Ziffer 7.1 Allgemeine Bemerkungen/Besoldungen (Seite 33)

**Eveline Anderegg**, SVP

Die SVP-Fraktion beantragt eine moderatere Besoldungserhöhung für das Personal von 0,5 % anstelle des vom Stadtrat vorgesehenen durchschnittlichen 1 %.

Wie im Budget ausgeführt, orientiert sich die Besoldungserhöhung gemäss § 37 des Personalreglements an der Teuerung, der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, der finanziellen Situation der Stadt und der Situation auf dem Personalmarkt. Berücksichtigt man die prognostizierte Teuerung gemäss Bundesamt für Statistik im Jahr 2014 von 0,1 % und die angespannte finanzielle Lage der Stadt, ist die Besoldungserhöhung von 1 % zu hoch. Eine moderate Lohnerhöhung von durchschnittlich 0,5 % ist hingegen angemessen. Eine solche stellt immer noch eine kaufkraftbereinigte Reallohnerhöhung dar. Wird zudem der vergleichbare Personalmarkt betrachtet, zeigt sich, dass die Staatsangestellten des Kantons Aargau bei einer Negativteuerung im 2013 von minus 0,2 % für das Jahr 2014 keine Lohnerhöhung erhielten. Die Lohnerhöhung des Zofinger Personals betrug im Vergleich dazu hingegen bereits im 2014 überdurchschnittliche 0,8 %. Es ist nun an der Zeit, auch diesen Kostenfaktor dem allgemeinen Umfeld anzupassen. Zur Gesundung der städtischen Finanzen soll kein Bereich ausgeklammert werden. Daher wird um Zustimmung zum Antrag gebeten.

**Michael Wacker**, SP/JUSO, sp

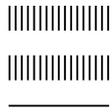
Die erwähnte Situation am Personalmarkt scheint für bestehendes oder neu zu rekrutierendes Personal nicht die attraktivste zu sein. Daher seine Bitte um Ablehnung dieses Antrags.

**Marco Arni**, Fraktionschef DYM

Die Fraktion DYM stellt den Ordnungsantrag auf kurzen Unterbruch der Sitzung, damit dieses Thema diskutiert werden kann und ein fundierter fraktionsübergreifender Entscheid möglich ist.

**Miriam Ruf-Eppler**, Vizepräsidentin

Sie schlägt vor, die Sitzungspause jetzt einzulegen. Es folgt eine weitere Information, welche in der Pause ebenfalls diskutiert werden kann. In einem Monat findet die letzte Wohnerratssitzung des Jahres statt. Daher wird sie am Schluss fragen, ob im Anschluss an die Sitzung vom 24. November 2014 Interesse für ein gemeinsames Abendessen vorhanden ist.



## Sitzungspause

### **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadttammann

Er erklärt kurz den Meccano, wie die Gesamtlohnerhöhungen berechnet werden. Im Frühling wird im gemeinsamen Gespräch mit der Personalvertretung und aufgrund der erwähnten Parameter ein Budgetbetrag für die Gesamtlohnerhöhung festgelegt – dieses Mal 1 %. Nach Bestätigung durch den Einwohnerrat wird wiederum in Absprache mit der Personalvertretung die eigentliche Lohnerhöhung festgelegt. Es gab Jahre, in denen die Erhöhung tiefer ausgefallen ist, als vom Einwohnerrat bewilligt. Die Lohnerhöhung besteht aus 3 Komponenten; genereller, individueller und struktureller Teil. Eine generelle Erhöhung fand in den letzten Jahren nicht statt. Es hat sich immer um individuelle Lohnerhöhungen gehandelt. Die strukturelle Komponente hat einen hohen Stellenwert. Zofingen setzt auch auf Nachwuchskräfte, welche durch Weiterbildungen oder durch Karriereplanungen gefördert werden. Diese Personen werden lohnmassig nicht an der obersten Grenze angesiedelt, sondern sie erhalten einen angemessenen Lohn, welcher noch Steigerungspotenzial hat. Dadurch können diese Angestellten bei steigender Verantwortung auch mit einer entsprechenden Besoldung entlohnt werden. In den letzten Jahren hat sich diese Komponente innerhalb der Zofinger Stadtverwaltung immer bei ca. 0,3 % bewegt. Mit dieser Vorgehensweise konnten sehr gute Erfahrungen gemacht werden.

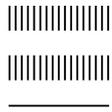
Bezüglich Wettbewerbsfähigkeit muss leider festgestellt werden, dass einige Positionen nicht wie gewünscht besetzt werden konnten, weil andere Verwaltungen zum Teil viel höhere Löhne zahlen. Bitter ist diesbezüglich die Tatsache, dass es sich dabei vorwiegend um kleinere Gemeinden handelt, welche von Zofingen via Finanzausgleich indirekt unterstützt werden.

### **Marco Arni**, Fraktionschef DYM

Angesichts der Komplexität war es angemessen, über diesen Antrag zu beraten. Es stellt sich die Frage, ob es möglich und angebracht ist, so kurzentschlossen und schnell einfach die Hälfte zu streichen. Eigentlich wäre es Aufgabe der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, Lohnentwicklungsfragen etwas längerfristig unter die Lupe zu nehmen. Es muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass der Kanton, welcher ein ähnlich komplexes Lohnsystem hat, sehr restriktiv mit Lohn erhöhungen umgeht. Dieser Arbeitgeber kann als Referenzwert herangezogen werden, wenn es um die Lohnentwicklung geht. Die Fraktion DYM hat keine einheitliche Haltung. Jedes Fraktionsmitglied wird nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden, ob der Antrag anzunehmen oder abzulehnen ist. Als Zielsetzung soll jedoch der Auftrag an die FGPK erfolgen, dieses Thema (Lohngefüge, Lohnstruktur, Lohnverteilung etc.) anzugehen und genauer zu prüfen.

### **Marcel Thüler**, Fraktionschef SP/JUSO

Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt diesen Antrag nicht. Vorher haben alle Fraktionen der Verwaltung und den Mitarbeitenden für ihre Arbeit gedankt. Im Wissen darum, dass durch die verschiedenen Sparübungen immer wieder an der Schraube gedreht wurde (Pensionierungen ohne Ersatz, Zuweisen von neuen Aufgaben etc.), kann diesem kreativen Vorschlag zur Halbierung der Besoldungserhöhung nicht zugestimmt werden. Die Verwaltungsangestellten würden dieses Vorgehen vermutlich „enorm schätzen“ und natürlich zukünftig „gute Arbeit“ leisten.



**Jan Bachmann, FDP**

Das Thema Lohn ist immer schwierig. Niemand spricht darüber aber alle hätten gern ein wenig mehr. Bereits im Jahr 2014 ist keine Lohnerhöhung erfolgt. Das Personal darf nicht für vermeintliche Fehlentscheide abgestraft werden. Nicht alle Angestellten befinden sich im obersten Lohnband. Genau diese sind auf eine Lohnerhöhung angewiesen. Es ist zu hoffen, dass die Stadt ihre soziale Verantwortung wahrnimmt und denjenigen Angestellten die Lohnerhöhung gewährt, welche diese auch wirklich nötig haben.

Der Einwohnerrat hat eine grosse Macht. Mit dieser muss sorgsam und bedacht umgegangen werden. Deshalb sollen nicht die Leute abgestraft werden, welche nichts dafür können, dass sich Zofingen in diesem Spar-Wahn befindet. Sie sollen Anerkennung erhalten für die Leistungen, welche sie während des Jahres erbringen.

**Stefan Giezendanner, SVP**

Die SVP verlangt nicht das Einfrieren der Löhne. Es wurde versucht, einer der Optimierungsvorschläge in Betracht zu ziehen und umzusetzen. Es gibt grundsätzlich kein Recht auf Lohnerhöhung. Dementsprechend wurde ein faires Angebot ausgearbeitet. Bei den 0,5 % handelt es sich um einen ausgewogenen Vorschlag. Er erlaubt sich den Hinweis, dass es natürlich Gemeinden gibt, die bessere Löhne zahlen. Aber dies ist auch in der Privatwirtschaft so. So funktioniert der Markt.

**Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann**

Er bittet sehr darum, den Antrag abzulehnen und die Erhöhung um 1 % zu bewilligen. Der durchgeführte Benchmark hat gezeigt, dass man damit ziemlich in der Mitte der Gemeinden (Schwankung zwischen 0 % und 2 %) liegt.

Das Lob für den Optimierungsprozess gibt er den Mitarbeitenden weiter. Alle haben loyal mitgezogen und werden dies auch zukünftig tun, da die Optimierungsphase noch nicht abgeschlossen ist. Es wurden einige der Sparmassnahmen auf dem Buckel des Personals ausgetragen, als ein Beispiel wird der "Rothüsler" genannt, der nicht mehr abgegeben wird. Der Stadtmann plädiert daher für die Ablehnung des Antrags.

**Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin**

Das Wort wird nicht mehr verlangt, daher folgt die Abstimmung über den Antrag der SVP-Fraktion:

*Die SVP-Fraktion beantragt eine moderate Besoldungserhöhung für das Personal von 0,5 % anstatt der vom Stadtrat vorgesehenen durchschnittlichen 1 %.*

Der Antrag des Stadtrates wird demjenigen der SVP-Fraktion gegenübergestellt. Dabei obsiegt der stadträtliche Antrag, welcher eine Besoldungserhöhung von 1 % vorsieht, mit 19:13 Stimmen.

**Ziffer 7.2 Erläuterungen zur Erfolgsrechnung (Seiten 34 – 40)**

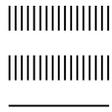
Keine Wortmeldungen.

**Ergebnis: Erfolgsausweis (Seiten 42 – 55)**

Keine Wortmeldungen.

**Erfolgsrechnung Zusammenzug (Seite 56)**

Keine Wortmeldungen.



0 Allgemeine Verwaltung (Seiten 57 – 67) / Details (Seiten 34 – 35)

7.3 Zahlenteil, 0 Allgemeine Verwaltung, 0222 Informatik und Kommunikation (Seite 62)

**Stefan Giezendanner**, SVP

Es fällt auf, dass CHF 50'000 mehr budgetiert wurden als im Vorjahr. Im Voranschlag 2013 wurden mit dem Finanz- und Investitionsplan verschiedene Optimierungen andiskutiert und 101 Vorschläge erarbeitet. Einige davon wurden bereits angepackt. Diejenige auf Position 1 – Reduktion des IT-Standards – wurde noch nicht angepackt. Ist damit eine Verschlechterung des Standards gemeint oder ist dieser Standard bereits sehr hoch und es erfolgt eine Reduktion auf einen „ordentlichen“ Standard? Er macht beliebt, dass die Zahlen in den Budgets entweder gehalten oder reduziert werden.

**Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann

Es wäre wünschenswert, wenn die Zahlen so blieben. Es ist aber schwierig, den Standard einfach so zu senken. Es gibt vielfältige Bedürfnisse – nicht nur von den Mitarbeitenden, sondern auch von den Kundinnen und Kunden. Diese Problematik wird natürlich nochmals intensiv diskutiert, es handelt sich jedoch um sehr komplexe Themen, welche Auswirkungen in verschiedenste Bereiche haben. Dadurch werden die Umsetzung und die Realisierung erschwert. Über die Querschnittsressorts ist festzustellen, dass ein Wachstum vorhanden ist, das auf die Übernahme von zusätzlichen Aufgaben für andere Gemeinden ab 2015 zurückzuführen ist. Hier ergibt sich ein Rückfluss nicht in Form von Personalkosten sondern in Form von Pauschalen, was in der Abteilung 0 nicht ersichtlich ist.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung (Seiten 68 – 79) / Details (Seiten 35 – 37)

Keine Wortmeldungen.

2 Bildung (Seiten 80 – 91) / Details (Seite 37)

Keine Wortmeldungen.

3 Kultur, Sport und Freizeit (Seiten 92 – 101) / Details (Seiten 37 – 38)

Keine Wortmeldungen.

4 Gesundheit (Seiten 102 – 107) / Details (Seite 38)

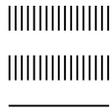
Keine Wortmeldungen.

5 Soziale Sicherheit (Seiten 108 – 114) / Details (Seite 38)

7.3 Zahlenteil, 5 Soziale Sicherheit, 5440 Jugendschutz (Seiten 110/111)

**Barbara Willisegger**, SVP

Auf Seite 8 unter Ressort Soziales ist aufgeführt, dass 2 neue Projekte für die Zielgruppe Kinder entwickelt und umgesetzt werden. Gemäss Auskunft an der FGPK-Sitzung und schriftlicher Anfrage an Stadtrat Dominik Gresch werden bei einem Projekt die Turnhallen am Sonntag geöffnet und beim anderen möchte man mit einem orangen Kleinbus in die Quartiere fahren, um die Kinder mit sinnvollen Spielen zu beschäftigen. Das Ganze erfolgt mit bestehendem Personal, also ohne zusätzliche Kosten bis auf CHF 7'500 für das Projekt „Open Sundays“. Aus Sicht der SVP-Fraktion gibt es bereits genügend Angebote von Vereinen für Kinder und Jugendliche, welche sich über Zuwachs freuen. Ebenfalls sind die Kinder mit ausreichend Spielzeug eingedeckt. Die Kinder sind heute bereits ohne diese Projekte sehr beschäftigt und irgendwann sollte auch Zeit für die Familie sein. Zudem stellt sich die Frage, welche Projekte wegfallen, wenn mit den jetzigen Stellenprozenten sogar Sonntagsarbeit geleistet werden kann. Die SVP ist gegenüber der präventiven Wirkung solcher Projekte sehr skeptisch und wird dieses Geschehen weiterhin beobachten.



**6 Verkehr (Seiten 115 – 118) / Details (Seiten 38 – 39)**

**7.3 Zahlenteil, 6 Verkehr, 6152 Parkhaus, Kto. 3130.01 Dienstleistungen Dritte, Abwarkosten (Seite 117)**

**Irma Jordi**, DYM/CVP

Im Budget 2014 waren CHF 110'000 eingestellt, die Rechnung 2013 schliesst mit CHF 137'282.56 ab und im aktuellen Budget sind CHF 170'000 aufgeführt. Die zusätzlichen Kosten entstehen für die Einarbeitung des Nachfolgers für den Ende 2015 in Pension gehenden Hauswart. Dieser Betrag scheint enorm hoch, sind die Lohnkosten für den zu pensionierenden Mitarbeiter doch wohl höher als diejenigen des neuen Mitarbeitenden. Wie erklärt sich diese Differenz?

**Andreas Rügger**, Stadtrat

Es handelt sich tatsächlich um einen sehr hohen Betrag. Ein Parkhaus lässt sich jedoch nicht mit einer ganz normalen Liegenschaft vergleichen. Im Parkhaus müssen qualifizierte Techniker eingesetzt werden, da es sich um eine sehr komplexe Anlage mit viel Haustechnik handelt. Zudem umfasst sein Tätigkeitsfeld das gesamte Dienstleistungsgebäude mit nochmals zusätzlicher Haustechnik.

**Irma Jordi**, DYM/CVP

Die Antwort ist nicht einleuchtend. War bis jetzt ein unqualifizierter Mitarbeiter angestellt?

**Andreas Rügger**, Stadtrat

Es handelt sich beim aktuellen Mitarbeiter keinesfalls um einen unqualifizierten Angestellten. Es ist nicht einfach, einen Nachfolger mit dem notwendigen Wissen zu finden. Darum wird die Stelle doppelt geführt, um eine gute Einarbeitung in die speziellen Anlagen zu gewährleisten.

**7 Umweltschutz und Raumordnung (Seiten 119 – 125) / Details (Seite 39)**

Keine Wortmeldungen.

**8 Volkswirtschaft (Seiten 126 – 128) / Keine ergänzenden Details**

Keine Wortmeldungen.

**9 Finanzen und Steuern (Seiten 129 – 134) / Details (Seiten 39 – 40)**

Keine Wortmeldungen.

**Erfolgsrechnung Artengliederung (Seiten 135 – 151)**

Keine Wortmeldungen.

**Investitionsrechnung Zusammenzug (Seite 151)**

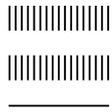
Keine Wortmeldungen.

**Investitionsrechnung (nach Abteilungen) (Seiten 152 – 169)**

Kto. 0.0222.5290.01 Budgetkredit „Überarbeitung Strukturen und Inhalte Website Stadt Zofingen“ (Seite 153)

**Robert Weishaupt**, DYM/CVP

Eine Homepage für CHF 100'000 muss etwas Besonderes sein. Im privaten oder geschäftlichen Bereich ist es möglich, für einen Viertel dieser Summe eine sehr gute Homepage zu erstellen. Deshalb ist die Fraktion DYM der Meinung, der Betrag von CHF 100'000 für eine neue Homepage sei zu hoch und stellt deshalb den Antrag, den entsprechenden Budgetkredit um die Hälfte auf CHF 50'000 zu reduzieren.



**Jakob Lang**, Fraktionschef FDP

Die FDP-Fraktion hat zu Beginn dieser Sitzung ein Postulat mit dem Titel „Effizientere Leistungserbringung dank E-Government“ eingereicht. Die neue Website stellt eine Chance für die Stadt dar, deshalb wird der Stadtrat aufgefordert, diese möglichst bürgerfreundlich zu gestalten und mit erweiterten Funktionalitäten auszustatten. Dadurch ist ein Effizienzgewinn in der Leistungserbringung – vor allem im Schalterbereich – möglich. Es geht nicht einfach nur um eine schöne Website, deshalb ist die FDP-Fraktion für den Kredit.

**Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtmann

Es ist möglich, eine neue Website für CHF 20'000 zu gestalten, welche dann aber wieder ähnlich wie die bereits bestehende aus dem Jahr 2003 wäre. Neu soll interaktiv kommuniziert werden können und man plant in Richtung E-Government. Der Kanton hat bereits gute Vorarbeiten geleistet, auf welche aufgebaut werden kann. Dadurch können die Schalter entlastet werden. Die Generation der 20- bis 30-Jährigen bevorzugt klar den interaktiven Weg. Das bedingt jedoch einen gewissen Standard, für den mit der neuen Informatikstruktur die Grundlage geschaffen wurde. Im Budgetbetrag von CHF 100'000 enthalten sind ebenfalls die Kosten für eine Anpassungsphase im ersten Jahr, wenn noch Optimierungen nötig sind.

**Adrian Borer**, DYM/glp

In welcher Weise kann die Schalterarbeit effizienter oder günstiger werden durch die neue Homepage? Diese Erläuterungen könnten als Business Case dienen.

**Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtmann

Es wurden bereits in der Vergangenheit Massnahmen getroffen, um günstiger zu werden, so z.B. beim Stadtbüro mit dem Abbau von 50 Stellenprozenten. Bisher wurde noch kein Verlust der Leistungserbringung wahrgenommen. Es soll zukünftig noch besser auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingegangen werden, so will diese beispielsweise noch um 22 Uhr eine Bewilligung beantragen. Voraussichtlich wird sich daraus eine Qualitätssteigerung ergeben, aber noch kein Sparpotential. Es können keine Aussagen gemacht werden, ob dadurch eine Stelle eingespart werden kann. Die Bestrebungen gehen aber in Richtung Entlastung der Schalter und Optimierungen.

**Stefan Giezendanner**, SVP

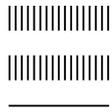
Es ist richtig über solche Aspekte zu diskutieren, damit die Kosten in den richtigen Relationen stehen. Eine etwas präzisere Kommunikation, in welche Richtung die Zukunft weist, wäre vielleicht angebracht gewesen. Sollte sich bewahrheiten, dass an Effizienz gewonnen werden kann, sich gewisse Skaleneffekte ergeben, die Arbeitsbelastung des Schalterpersonals sinkt und die Kosten im Informatikbereich gehalten oder reduziert werden können, so handelt es sich um eine gute Investition.

**Miriam Ruf-Eppler**, Vizepräsidentin

Das Wort wird nicht mehr verlangt, daher folgt die Abstimmung über den Antrag der Fraktion DYM:

*Der Budgetkredit für die „Überarbeitung Strukturen und Inhalte Website Stadt Zofingen“ soll auf CHF 50'000 reduziert werden.*

**Der Antrag des Stadtrates wird demjenigen der Fraktion DYM gegenübergestellt. Dabei obsiegt der stadträtliche Antrag, der einen Budgetkredit von CHF 100'000 vorsieht, mit 26:7 Stimmen.**



**Zusammenzüge (Seiten 170 – 176)**

Keine Wortmeldungen.

**Finanzpläne (Seiten 177 – 180)**

Keine Wortmeldungen.

**Ausblick (Seiten 180 – 182)**

Keine Wortmeldungen.

**Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin**

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

1. *Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 25. Oktober 2004, GK 132, Ziffer 1, und 15. September 2008, GK 164, Ziffer 5, über die Einlagen aus den Parkierungsgebühren resp. der Parkhausrechnung in den Spezialfonds Parkplätze seien aufzuheben und es sei künftig auf Einlagen in diesen Fonds aus den Ertragsüberschüssen der Oberflächenparkplätze (Funkt. 6151) und des Parkhauses (Funkt. 6152) zu verzichten.*

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 33:0 Stimmen zugestimmt.**

2. *Das Budget 2015 der Erfolgsrechnung mit einem Steuerfuss von 102 % und das Investitionsbudget 2015 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen.*

**Der stadträtliche Antrag wird mit 33:1 Stimmen angenommen.**

3. *Von den Investitions- und Finanzplänen 2015 – 2024 sei Kenntnis zu nehmen.*

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 32:1 Stimmen zugestimmt.**

**Art. 23**

**Einbürgerungen**

**GK 54 bis GK 56**

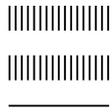
**Miriam Ruf-Eppler, Vizepräsidentin**

Die Geschäfte GK 54 bis GK 56 werden gemeinsam beraten. Die Abstimmungen erfolgen jedoch einzeln.

**Michael Müller, Referent FGPK**

Er freut sich, dass die Einbürgerungswilligen an der heutigen Sitzung anwesend sind und die Budgetdebatte durchgehalten haben.

Die FGPK hat an ihrer Sitzung vom 25. September 2014 gestützt auf die vorgängige Prüfung durch Stadtrat und Einbürgerungskommission alle Gesuche eingehend beraten. Die Ausgangslage gab bei keinem der Gesuchstellenden zu grösseren Auseinandersetzungen Anlass. Es ist jedoch festzuhalten, dass bei vielen Fällen von Flüchtlingen und den daraus resultierenden Einbürgerungsprozessen oft alleine auf die Angaben der betroffenen Personen abgestützt werden muss. Hilfreich in diesem Prozess sind die persönlichen Gespräche mit den Betroffenen und ihrem Umfeld, wie Nachbarn,



Bekannte oder Arbeitgeber. Er empfiehlt dem Rat, den Empfehlungen von Stadtrat und Einbürgerungskommission zu folgen und den 3 Einbürgerungsgesuchen ebenfalls diskussionslos zuzustimmen.

Eintreten ist nicht bestritten. Das Wort wird nicht verlangt. Es folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

*GK 54*

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 26:3 Stimmen zugestimmt.**

*GK 55*

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 32:0 Stimmen zugestimmt.**

*GK 56*

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.**

Den Antragstellern wird vom Ratspräsidium gratuliert.

(Applaus)

**Art. 24**

### **Kreditbewilligung**

**GK 58**

#### **Güetli – Kommunales Strassenbauprojekt**

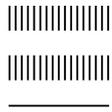
**Michael Wacker**, Referent FGPK

Das Geschäft wurde am 25. September 2014 besprochen und war in der FGPK absolut unbestritten. Die Kernaussage findet sich in der Vorlage auf Seite 3. Dort ist erwähnt, dass die Stadt mit diesem Projekt ihren Verpflichtungen zur zeitgerechten Erschliessung von Land in der Bauzone nachkommt. Zudem handelt es sich um ein sogenanntes „Nullsummenspiel“ für die Stadt. Deshalb empfiehlt die FGPK einstimmig mit 8:0 Stimmen die Annahme des Geschäfts.

Eintreten ist nicht bestritten.

**Michael Müller**, SVP

Die Zustimmung zu einer Vorlage scheint einfach, wenn man lesen kann, dass es sich um eine Feinerschliessung handelt und sich die Stadt nicht an den Kosten beteiligen muss, da diese auf die Grundeigentümer überwältzt werden. Was jedoch ein „Aber“ auslöst, ist die Aussage in Kapitel V Verkehrsregime, dass für die Einführung der Begegnungszone ein separates Bewilligungsverfahren durchgeführt wird und die Kosten für deren standardmässige Einführung durch die Stadt Zofingen übernommen werden. Es ist nicht ersichtlich, auf welchen Betrag sich diese Kosten belaufen. Die SVP-Fraktion stellt daher folgenden Zusatzantrag:



*Auf die vorgesehene Übernahme der Kosten für die Einführung der Begegnungszone durch die Stadt sei zu verzichten.*

Abschliessend ist die SVP-Fraktion unter der Voraussetzung des Verzichts auf die Begegnungszone für die Erschliessung des Gütli und der korrekten Nutzbarmachung dieses Gebietes. Selbstverständlich kann über diese Begegnungszone befunden werden, sobald die Kosten transparent vorliegen.

**André Kirchhofer, FDP**

Er schliesst sich den Ausführungen des Vorredners an. Die FDP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Skeptisch steht man der Abbiegespur nach links gegenüber, wenn man aus Fahrtrichtung Bahnhof kommt. Es könnte durch Linksabbiegende zu Rückstaus kommen. Aufgrund der räumlichen Situation ist es jedoch nicht möglich, einen eigentlichen Abzweiger zu realisieren, was einen kleinen Mangel am Projekt darstellt.

**Anders Sjöberg, DYM/glp**

Der Antrag ist in der Fraktion DYM unbestritten und es wird ihm zugestimmt werden. Man möchte aber die konkrete Höhe der Kosten für die Begegnungszone erfahren. Zudem stellt sich die Frage, ob sich im Zusammenhang mit der Gesamtplanung der Unteren Grabenstrasse und des Bahnhofplatzes noch weitere Kosten im Rahmen des Investitionsplans ergeben.

**Andreas Rügger, Stadtrat**

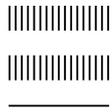
Zum Zusatzantrag ist zu ergänzen, dass im vorher bewilligten Budget im Konto 6.6150.5010.2 (Seite 162) für Tempo-30-Zonen ein Kredit von CHF 50'000 eingestellt ist. Auch diese Begegnungszone soll unter diesem Titel abgerechnet werden. Die Kosten für einen separaten Antrag an den Einwohnerrat für diese CHF 5000 bis CHF 6000 wären unverhältnismässig und würden fast das Doppelte dieser Kosten ausmachen. Deshalb wird beantragt, auf einen solchen zu verzichten und dem Stadtrat die Kompetenz zur Einführung einer solchen Zone gemäss Budget zu überlassen. Zudem werden diese Zonen nur in Absprache mit der Bevölkerung realisiert. Es entspricht einem ausdrücklichen Wunsch der Anwohner, eine Tempo-20-Zone (Begegnungszone) einzuführen.

Bezüglich Abbiegespur besteht tatsächlich ein Problem auf der Unteren Grabenstrasse. Der Projektperimeter des Gütli beschränkt sich jedoch auf die im Antrag eingefärbten Parzellen. Die Kantonsstrasse K104 gehört nicht zu diesem Perimeter. Die Planungshoheit für diese liegt beim Kanton. Die Stadt hätte einzig die Möglichkeit für eine Antragstellung an den Kanton, falls es Bedarf zur Optimierung gäbe.

Es gibt keinen Zusammenhang zum Gestaltungsplan Bahnhof. Die Neugestaltung Bahnhofplatz bzw. die Verkehrsführung um den Bahnhof herum ist ein separates Projekt. Ein Grossteil davon betrifft die K104 und die Verkehrsabwicklung muss in Zusammenarbeit mit dem Kanton erfolgen. Beim vorliegenden Antrag handelt es sich um ein rein städtisches Strassenbauprojekt ohne Berührungspunkte.

**Michael Müller, SVP**

Was bringt eine solche Begegnungszone konkret? Es scheint sich um ein „Wunschkonzert“ der Anwohner zu handeln und er fragt sich deshalb, ob der Bürger aus dem Mühlethal oder Riedtal eine Begegnungszone im Gütli finanzieren will.



**Andreas Rügger**, Stadtrat

Es entspricht tatsächlich der Praxis, dass Tempo-30-Zonen und Begegnungszonen in Zofingen nur auf Wunsch der Anwohnenden realisiert werden. Es wurden seit 2006 Beträge schwankend zwischen CHF 20'000 und CHF 50'000 jeweils im Budget eingestellt. Eine erste Begegnungszone wird an der Strengelbacherstrasse eingeführt. Beim Gütli sind die verkehrlichen Verhältnisse sehr eng. Die Strasse ist sehr kurz und ein viel höheres Tempo als 20 km/h ist faktisch nicht möglich. Es ist aber auch davon auszugehen, dass aufgrund der heutigen und zukünftigen Nutzungen im Gütli relativ viel Fussgänger- und Langsamverkehr vorherrschen wird. Aus diesem Gesichtspunkt ist bezüglich Verkehrssicherheit eine Begegnungszone richtig. Der Fussgänger muss in einem stadtnahen Gebiet vor den Auto- und Fahrradfahrern vortrittsberechtigt sein.

**Miriam Ruf-Eppler**, Vizepräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten. Da das Wort nicht verlangt wird, folgt zuerst die Abstimmungen über den stadträtlichen Antrag:

*Für die Erstellung der kommunalen Erschliessungsstrassen im Gütli sei ein Bruttokredit von CHF 1'165'000.– zuzüglich allfälliger Teuerung, abzüglich Beiträge Dritter, zu bewilligen.*

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.**

Es folgt die Abstimmung über den Zusatzantrag der SVP-Fraktion:

*Auf die vorgesehene Übernahme der Kosten für die Einführung der Begegnungszone durch die Stadt sei zu verzichten. Bei ausgewiesenem Bedarf der standardmässigen Begegnungszone ist dem Einwohnerrat ein Zusatzantrag samt Darlegung und Kosten für dieses Projekt „Gütli“ zur Genehmigung zu unterbreiten.*

**Der Zusatzantrag der SVP-Fraktion wird mit 25:7 Stimmen abgelehnt.**

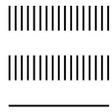
**GK 59**

**Busterminal – Erneuerung und Werterhalt Verkehrsflächen und Glasdach**

**Jan Bachmann**, Referent FGPK

Die FGPK hat GK 59 ebenfalls am 25. September 2014 behandelt. Es wurde zur Kenntnis genommen, dass am Bahnhof mehr und mehr Baumängel zum Vorschein kommen, man erinnere sich an den Kubus (ins Parkhaus führendes Treppenhaus), das Abfräsen des Belags im Busterminal und die Sanierung des Parkings. Das Busterminal, welches ebenfalls zum Bahnhof gehört, zeigt unter anderem Mängel am Glasdach. Teilweise sind aus dem gesprungenen Glas bereits Stücke zu Boden gefallen. Es gibt Spurrillen, die nicht mehr durch Abfräsen behoben werden können und die Stahlkonstruktion weist Rost auf.

Die Stadt hat den Auftrag, für die Sicherheit und den gefahrlosen Betrieb von öffentlichen Anlagen zu sorgen. Der Vorschlag für eine Komplettsanierung leuchtet ein, dadurch kann ein weiteres Flickwerk vermieden werden. Es soll neues Sicherheitsglas eingebracht werden – gemäss den neuen Vorgaben darf nicht einfach das alte Glas ersetzt werden. Es soll ein zeitgemässer Betonboden realisiert werden, welcher auch den zukünftigen Anforderungen genügt. Das Stahlgerüst ist zu sanieren und es soll eine Anpassung für Personen mit Behinderung erfolgen, damit diese schwellenlos in die Busse ein- und aussteigen können. Der Stadtrat hat bewusst die günstigste – aber nicht billigste –



Variante gewählt. Da Zofingen ein Knotenpunkt bildet, muss eine funktionierende und sichere Infrastruktur vorhanden sein. Die FGPK hat den Anträgen zugestimmt.

Eintreten ist nicht bestritten.

**Christian Nöthiger, SP/JUSO, sp**

Die SP/JUSO-Fraktion wird den beiden Anträgen grossmehrheitlich zustimmen. Bestimmte Fragen lösen ein gewisses Unbehagen aus. So handelt es sich einmal mehr um relativ hohe Kosten, welche in den Verkehr fliessen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Kosten realistisch sind. Zudem muss bereits wieder nach relativ kurzer Zeit etwas saniert werden – nicht zum ersten Mal. Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass bei dieser Sanierung nicht die gleichen Fehler gemacht werden. Klar ist, dass sich gewisse Bedingungen ändern, z.B. durch den Klimawandel, welcher vermehrte Hagelereignisse zur Folge hat. Offenbar müssen nun auch solche Aspekte beachtet werden.

Im Projekt sind auch gute Punkte zu finden, wie z.B. die LED-Beleuchtung, die behindertengerechte Ausführung oder die Fahrgastinformation.

Die offenen Fragen konnten ebenfalls geklärt werden. So hat man erfahren, dass ein Blechdach teurer käme, da noch ein Schallschutz eingebaut werden müsste. Bei einer Ausführung in Beton wäre das Gewicht ca. 10-mal so hoch, was die Stützen nicht tragen könnten.

Er gibt allerdings zu bedenken, dass genau an der Stelle Betonarbeiten erfolgen, wo die Statik des Parkhauses zu Problemen geführt hat und hofft, dass sich daraus nicht neue Statik-Probleme ergeben. Zu guter Letzt regt er eine Verbesserung der Fussgängersituation an, damit man nach Überquerung der Güterstrasse evtl. direkt zum Perron weitergehen kann.

**Pascal Stenz, FDP**

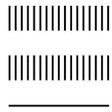
Beim Busterminal handelt es sich um einen zentralen Knotenpunkt des öffentlichen Verkehrs, welcher aufgrund von Beeinträchtigungen von Zeit, Umwelt, Verkehr und evtl. mangelhafter Bauweise unterhalten werden muss. Die Arbeiten sind legitim und den Auflagen kann nicht entgegengewirkt werden. Durch die umfassende Sanierung kann ein ewiges „Gebastel“ verhindert werden.

Es besteht Nachholbedarf, gerade auch was den Belag betrifft. Zudem ist die geplante Barrierefreiheit ein positiver Punkt bei der Umsetzung des Projektes. Die vorgesehenen Anpassungen sind zeitgemäss, überlegt und sinnvoll, somit entsteht ein Nutzen für die Umgebung, da der Knotenpunkt nicht nur von Zofingern benutzt wird.

Er hofft, dass die Investitionen zu einer langfristigen und nachhaltigen Umsetzung führen, damit die Stadt Zofingen nicht mit weiteren Überraschungen konfrontiert wird. Aus den genannten Gründen spricht sich die FDP-Fraktion, verbunden mit der Hoffnung auf günstigere Ausführung der Arbeiten, für die Bewilligung von GK 59 aus.

**Marco Negri, SVP**

Das Geschäft führte innerhalb der SVP-Fraktion zu Diskussionen. Der heutige Busterminal wurde 1996 erstellt. Dass nach nur 18 Jahren bereits über so hohe Investitionen beschlossen werden muss, erstaunt und schockiert. Obwohl die Amortisationsdauer noch nicht erreicht ist, wurde glaubhaft dargelegt, dass dieses Terminal von grosser Wichtigkeit ist und eine zentrale Rolle für die Mobilität darstellt. Die hohe Frequenz von 1,5 Mio. Umsteigebeziehungen war ein massgeblicher Aspekt bei der Beurteilung. Die Ausführungen bezüglich des Bodenbelags können nachvollzogen werden. Auch klar ist die Berücksichtigung und Umsetzung der Bedürfnisse von behinderten Personen. Aus diesen Gründen wird die SVP-Fraktion Antrag 1 mehrheitlich zustimmen.



Zu Antrag 2 bestehen etwas differenzierte Meinungen. Die Verschärfung der Normen ist nachweisbar, aber inwiefern diese Normenänderungen jedes Mal eine Anpassung erfordert, ist umstritten. Trotz der vorangegangenen Voten ist die SVP-Fraktion der Überzeugung, die Dachkonstruktion könnte mit alternativen Materialien kostengünstiger erstellt werden und spricht sich für eine diesbezügliche Überprüfung aus. Auch die LED-Beleuchtung, welche Kosten von CHF 100'000 verursacht, wird infrage gestellt. Daher wird Antrag 2 nicht von allen Fraktionsmitgliedern befürwortet.

**Irma Jordi**, DYM/CVP

Da man Zofingen nicht „verlottern“ lassen will, muss heute über GK 59 befunden werden. Offenbar ist es in der heutigen Zeit üblich, ein Bauwerk vor Ablauf von 20 Jahren ein erstes Mal zu sanieren. Diese Sanierung ist in der Fraktion DYM unbestritten, obwohl sie etwas länger hätte auf sich warten lassen können. Beide Anträge finden Zustimmung. Die Fraktion DYM hofft, dass die Statik der Stahlkonstruktion die 3-mal schwereren Gläser tragen kann und es nicht notwendig sein wird, dass die Einwohnerratsmitglieder in einem strengen Winter auf dem neuen Dach Schnee schaufeln müssen.

Grundsätzlich stellen sich noch Fragen bezüglich Verkehrsführung während der ganzen Bauphase, welche noch zu beantworten sind.

**Andreas Rügger**, Stadtrat

Das Geschäft wurde im Stadtrat intensiv diskutiert und man stellte sich die Frage, wie es sein kann, dass sich ein so junges Bauwerk in einem so schlechten Zustand befindet. Diese Tatsache und die Thematik der Normenänderungen sind ausschlaggebend, dass die Ausführungen normgemäss erfolgen sollen. Es steht jedoch auch klar fest, dass die alten Gläser nicht mehr sicher sind, weil sich Risse gebildet haben, Wasser eindringt und dadurch Rost entsteht, was die Tragsicherheit nicht mehr gewährleistet. Der Ersatz von einzelnen Gläsern durch Verbundsicherheitsglas wurde ebenfalls geprüft. Obwohl diese Möglichkeit bestand, hätte es sich keinesfalls um eine nachhaltige Investition gehandelt und die Mehrkosten wären massiv gewesen. Zudem besteht beim Gesamtpaket eine gute Kostenbeteiligung des Kantons.

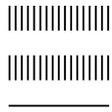
Der Busbahnhof mit einer Frequenz von 5'500 Personen pro Tag trägt zur Standortattraktivität bei. Deshalb muss Zofingen diese Zentrumslast tragen. Zudem ist der Bahnhof eine Visitenkarte der Stadt Zofingen.

Das geäußerte Unbehagen der SP-Fraktion kann vielleicht damit etwas gemindert werden, dass es sich bei den in der Vorlage aufgeführten Kosten noch nicht um Kampfpreise handelt. Es erfolgen Submissionen und man hofft auf günstigere Offerten, welche trotzdem eine gute Qualität ermöglichen.

Der erwähnte Fussgängerstreifen endet tatsächlich momentan im Nichts. Diese Problematik wird intensiv geprüft, da der Fussgängersicherheit bei einem Busbahnhof zentrale Bedeutung zukommt.

Die Statik wurde nachgerechnet und trägt auch das schwerere Glas. Der Betondeckel sollte ebenfalls zu keinen Problemen Anlass geben.

Dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, die Infrastruktur zu erhalten. Deshalb muss auch zukünftig in Verkehrsinfrastrukturen und in andere Infrastrukturen, wie Gebäude usw. investiert werden. Damit kann eine gute Qualität erreicht werden und man ist besser vor solch schlechten Bauausführungen gefeit.



**Miriam Ruf-Eppler**, Vizepräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten.

**Irma Jordi**, DYM/CVP

Sie fragt nochmals nach, wie der Bauablauf vorgesehen ist. Erfolgen Sperrungen? Wie lange dauern die Arbeiten? Welche Verkehrseinschränkungen müssen in Kauf genommen werden?

**Andreas Rügger**, Stadtrat

Vorgesehen ist ein Ablauf in Etappen. Ein Perron nach dem anderen wird saniert. Während der Bau-phase muss mit Behinderungen auf der Unteren Grabenstrasse gerechnet werden, wenn z.B. temporär ein Bus auf dieser abgestellt werden müsste. Diesbezüglich laufen noch Verhandlungen mit den SBB, da diese ebenfalls nächsten Sommer einen Busersatz wegen der Nazelistrecke anbieten. Es wird leider nicht ganz ohne Behinderungen ablaufen.

**Marco Arni**, Fraktionschef DYM

Auf Seite 13 der Vorlage unter Finanz- und Investitionsplan ist ersichtlich, dass 3 Beträge eingestellt wurden, welche gesamthaft CHF 1,5 Mio. ergeben. Die Diskussion dreht sich nun aber um CHF 1,7 Mio. brutto bzw. um einen Nettokredit von gut CHF 1 Mio. Aus welchen Gründen unterscheiden sich diese Zahlen nun doch ziemlich von den im Finanz- und Investitionsplan eingestellten Beträgen? Handelt es sich um ein anderes Projekt?

**Hans-Ruedi Hottiger**, Stadttammann

Die Zahlen betreffen dasselbe Projekt. Bei Bauvorhaben, welche Kantonsstrassen betreffen, werden nie Bruttokredite aufgeführt. Zudem ging man von einer tieferen Beteiligung des Kantons und von Drittbeteiligten an den Kosten aus.

**Miriam Ruf-Eppler**, Vizepräsidentin

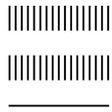
Das Wort wird nicht mehr verlangt, daher folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

1. *Für die Erneuerung und Werterhaltung des Busterminals sei für die Strassenbauarbeiten ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 1'320'000.– (inkl. MWST), Preisstand September 2014, zuzüglich allfälliger Teuerung, abzüglich Beitrag des Kantons, zu bewilligen.*

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 32:1 Stimmen zugestimmt.**

2. *Für die Erneuerung und Werterhaltung des Busterminals sei für die Stahl-Glas-Konstruktion des Busterminals ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 418'000.– (inkl. MWST), Preisstand September 2014, zuzüglich allfälliger Teuerung, abzüglich Beitrag des Kantons, zu bewilligen.*

**Dem stadträtlichen Antrag wird mit 28:4 Stimmen zugestimmt.**



Art. 25

### **Parlamentarische Vorstösse**

**GK 39**

#### **Postulat der Fraktion DYM vom 24. März 2014 betr. Überprüfung Organisation Hochbau (Begründung; Stellungnahme Stadtrat)**

**Urs Plüss**, DYM/EVP

Dem Stadtrat wird für die Beantwortung des Postulats der Dank ausgesprochen. Er ist froh, dass der Stadtrat dieses entgegennehmen will und hofft auf die Unterstützung der Ratsmitglieder betr. der Überweisung.

Aus der Antwort kann geschlossen werden, dass mehr oder weniger alles bestens läuft. Seine Feststellungen differieren ein wenig, darum möchte er einige Hinweise mit auf den Weg geben. Ob sich die Leistungsfähigkeit, wie in der Antwort aufgeführt, durch die zusätzliche Stelle wirklich gesteigert hat, wird sich in der kommenden Zeit zeigen. Er erlaubt sich jedoch die Bemerkung, dass teilweise sehr lange Wartezeiten für Leute bestehen, welche ein Baugesuch eingereicht haben.

Betreffend Prüfung der Organisation von Hoch- und Tiefbau ist er nicht überzeugt, dass diese Lösung die Optimalste ist. Für Aussenstehende ist die Beurteilung allerdings schwierig. Deshalb soll die aktuelle Organisation wirklich ernsthaft geprüft werden, vor allem weil sehr viele teure Projekte (Brunnenhof, Quartiersschulhaus BZZ usw.) anstehen. Mit einer guten – internen – Projektleitung wäre noch einiges an Sparpotenzial möglich. Könnten nur schon Einsparungen von 1 % erzielt werden, so wären bei so grossen Volumen grosse Ersparnisse möglich. In diesem Sinne wird um die Überweisung des Postulats gebeten.

**Hans-Martin Plüss**, Vizeammann

Er bedankt sich für die wohlwollende Aufnahme der Beantwortung. Er erlaubt sich eine Randbemerkung betr. der Stellenbesetzung. Es ist richtig, die Besetzung dauerte etwas länger als geplant. Hingegen ist die Stelle nun sehr gut ausgefüllt mit einem qualifizierten Projektleiter. Korrekt ist, dass die Wartezeiten sehr lange sind. Das bestätigt, dass man im Bereich Hochbau komplett am Anschlag läuft. Der Grund dafür sind die Zusatzaufgaben, wie Aufarbeitung der Kanalisationsabgaben. Die Prioritäten müssen immer wieder neu gesetzt werden und man trifft die notwendigen Massnahmen. Zum Schluss weist der Vizeammann darauf hin, dass es korrekt und richtig ist, wenn mehrere Bereiche ein Baugesuch prüfen. Auch er bittet um Überweisung des Postulats.

**Miriam Ruf-Eppler**, Vizepräsidentin

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Es folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

*Das Postulat der Fraktion DYM betr. Überprüfung Organisation Hochbau sei im Sinne der vorstehenden Erwägungen an den Stadtrat zu überweisen.*

**Das Postulat wird mit 34:0 überwiesen.**

**GK 51**

**Interpellation der SP-Fraktion vom 23. Juni 2014 betr. Unterbringung von Asylsuchenden in Zofingen (Begründung und Beantwortung)**

**Sascha Antenen**, SP/JUSO, juso

Er bedankt sich für die Beantwortung der Interpellation. Man hat diese zur Kenntnis genommen und ist erfreut, dass das Soll erreicht ist und die Ersatzabgaben entfallen. Es wurde jedoch nur das Minimum erfüllt, daher herrscht die Auffassung, dass ein weiterer Schritt möglich wäre, indem man noch zusätzliche Plätze schafft. Abgesehen vom finanziellen Aspekt muss man sich bewusst sein, dass es um Menschen geht. Zofingen als Zentrumstadt darf einerseits das soziale Engagement leisten und muss andererseits die soziale Verantwortung wahrnehmen. Mit der Beantwortung ist man deshalb nicht ganz einverstanden. Die als Begründung angeführten Ängste der Bevölkerung erweisen sich häufig als unbegründet, deswegen spricht nichts gegen die Aufnahme von weiteren Menschen und die Bemühungen zur Schaffung zusätzlicher Asylplätze sind weiterzuführen.

**GK 48**

**Postulat der Fraktion DYM vom 23. Juni 2014 betr. Übernahme sozialer Verantwortung im Asylwesen und Anbieten von Asylunterkünften (Begründung und Beantwortung)**

**Urs Plüss**, DYM/EVP

Nach heutigem Stand sind die Vorgaben noch nicht erfüllt, bis Ende Jahre sollte das vom Kanton vorgegebene Soll jedoch erreicht werden. Der Stadtrat will das Postulat entgegennehmen und gleichzeitig abschreiben. Er stellt den Antrag, dieses noch nicht abzuschreiben, da die Pflicht bis jetzt nicht erfüllt ist und es für Zofingen möglich wäre, etwas mehr als das Minimum zu leisten. Nachdem bereits im letzten Legislaturprogramm dieses Ziel nicht erreicht wurde und dieses im aktuellen Legislaturprogramm wieder aufgeführt ist, empfiehlt sich eine sofortige Abschreibung nicht. Nur so kann der notwendige Druck aufrechterhalten werden. Eine spätere Abschreibung ist zudem problemlos möglich.

**Dominik Gresch**, Stadtrat

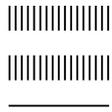
Er bezieht sich auf den Wortlaut des Postulats, welcher besagt, dass sich der Stadtrat aktiv für die Erfüllung der kantonalen Vorgaben einsetzen soll. Seit diesem Sommer ist man mit der Umsetzung befasst. So wurde im August 2014 eine erste Wohnung angemietet. Ab November 2014 steht eine weitere Wohnung zur Verfügung und man ist im Begriff, das Kontingent bis zum Jahresende zu erfüllen. Es kann aber nicht garantiert werden, dass es bis dahin geschafft werden kann. Der Stadtrat ist aber auf gutem Weg. Deswegen beantragt er die gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

**Miriam Ruf-Eppler**, Vizepräsidentin

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Nachdem Urs Plüss mit der gleichzeitigen Abschreibung nicht einverstanden ist, werden die beiden Anträge einander gegenübergestellt.

*Das Postulat der Fraktion DYM sei an den Stadtrat zu überweisen und aufgrund der Beantwortung gleichzeitig als erledigt abzuschreiben.*

*Der Antrag soll nicht abgeschrieben, sondern im Sinne des Postulats überwiesen werden.*



Der Antrag der Fraktion DYM obsiegt mit 18:14 Stimmen. Somit wird das Postulat überwiesen, aber nicht abgeschrieben.

**Miriam Ruf-Eppler**, Vizepräsidentin

Gemäss § 9 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats dauern die Einwohnerratssitzungen höchstens 3 Stunden, sofern der Rat nicht anders beschliesst. Diese Dauer ist erreicht, es ist daher darüber zu befinden, ob die Sitzung vertagt oder weitergeführt werden soll.

Die Mehrheit der Ratsmitglieder entscheidet sich dafür, die Sitzung gemäss Traktandenliste weiterzuführen.

#### **GK 49**

#### **Postulat der SP-Fraktion vom 23. Juni 2014 betr. Strategie und Organisation der Zofinger erzo Delegation (Begründung; Stellungnahme Stadtrat)**

**Marcel Thüler**, Fraktionschef SP/JUSO

Auch hier erfolgt der Dank an den Stadtrat. Die SP-Fraktion hatte offenbar das richtige Gespür, wo nachgehakt werden muss. Die Beantwortung ist gut, der Antrag auf Ausarbeitung einer Strategie wurde der erzo gestellt, aber da das Resultat daraus noch nicht feststeht, soll das Postulat nicht jetzt schon abgeschrieben werden. Er stellt daher den Antrag auf Nichtabschreibung und bittet um Zustimmung dazu.

**Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann

Der Stadtrat wehrt sich grundsätzlich nicht dagegen, auf eine gleichzeitige Abschreibung zu verzichten. Es ist jedoch so, dass nicht der Einwohnerrat Zofingen sondern die erzo-Abgeordneten die Strategie festlegen, eine gewisse Einflussnahme ist daher nur durch diese möglich.

**Marcel Thüler**, Fraktionschef SP/JUSO

Jahrelang passierte in der erzo rein gar nichts. Nimmt man den Druck nun plötzlich wieder weg, wird sich auch weiterhin nichts bewegen. Wenn von den anderen Gemeinden kein solcher ausgeübt wird, soll wenigstens der Einwohnerrat Zofingen diesen aufrechterhalten.

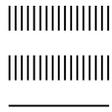
**Miriam Ruf-Eppler**, Vizepräsidentin

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Nachdem Marcel Thüler mit der gleichzeitigen Abschreibung nicht einverstanden ist, werden die beiden Anträge einander gegenübergestellt.

*Das Postulat der SP-Fraktion betr. Strategie und Organisation der Zofinger erzo-Delegation sei im Sinne der Erwägungen an den Stadtrat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.*

*Das Postulat GK 49 sei dem Stadtrat zu überweisen und nicht abzuschreiben.*

Der Antrag der SP/JUSO-Fraktion obsiegt mit 32:0 Stimmen. Das Postulat wird damit überwiesen, aber nicht abgeschrieben.



**GK 53**

**Interpellation der SP-Fraktion vom 23. Juni 2014 betr. Stadt Region Zofingen und Mittellandarena (Begründung und Beantwortung)**

**Marcel Thüler**, Fraktionschef SP/JUSO

Dem Stadtrat wird der beste Dank ausgesprochen. Da Marcel Thüler ein Freund von visionären Projekten ist, findet er es gut, dass der Verein Stadt Region Zofingen nach Kräften unterstützt wird. Er hofft, dass der Stadtrat versucht, diese Projekte auf ein politisches Tablett zu bringen.

**Art. 26**

**Umfrage**

**Hinweis der Protokollführung**

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

**Urs Plüss**, DYM/EVP

In der Zeitung konnte man einen Artikel wegen der Schotterdicke des SBB-Gleises im Zusammenhang mit der Sanierung der Henzmann-Unterführung lesen. Liegen bereits genauere Angaben betr. der Kosten vor?

**Andreas Rügger**, Stadtrat

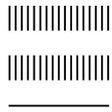
Dazu ist zu sagen, dass im Jahr 1913 im Rahmen des Baus der Unterführung mit den SBB eine Objektvereinbarung abgeschlossen wurde. So wie eine erste Sichtung des Vertrags zeigt, ist der Deckel der Henzmann-Unterführung Sache der SBB, daher müssen die Kosten für allfällig zusätzliche bauliche Massnahmen von diesen bezahlt werden. Nach ersten Informationen wird der Schotter in diesem Bereich entfernt und die Gleise werden direkt auf dem Beton und nicht mehr in einem Kiesbett fixiert.

**Urs Plüss**, DYM/EVP

Im Bereich der Unterführung Altachenstrasse/Brittnerstrasse (bei der alten Milchzentrale) ist durch die gesperrte Strasse der Blick nach rechts sehr eingeschränkt, was zu einem grösseren Durcheinander führt. Gibt es bezüglich Signalisation keine bessere Lösung, um Verkehrsunfälle zu verhindern?

**Andreas Rügger**, Stadtrat

Die Verkehrssituation Altachenstrasse/Brittnerstrasse ist unbestrittenermassen schlecht. Bei Wegnahme der Barriere entsteht weiter hinten ein noch grösseres Problem, da trotz Massnahmen in der Wuhrmattstrasse und Junkermattstrasse ein grosser Durchgangsverkehr besteht. Es wird geprüft, ob Optimierungen möglich sind, damit eine bessere Zirkulation möglich ist.



**Urs Plüss**, DYM/EVP

Sehr viele Parkuhren in der Altstadt sind ausser Betrieb. Sind diese wirklich immer defekt oder trifft nur er immer zufällig auf solche?

**Christiane Guyer**, Stadträtin

Bei defekten Parkuhren erfolgt jeweils automatisch eine Meldung an die Polizei und die Behebung erfolgt innert Kürze. Urs Plüss hatte daher in gewissem Sinne einfach Glück, dass er keine Gebühren entrichten musste.

**Urs Plüss**, DYM/EVP

Zum Stichwort E-Government teilt er mit, dass das Budget, welches er elektronisch liest, praktisch nicht lesbar ist, weil die Seiten einmal im Hochformat und dann wieder im Querformat sind. Könnte man dies in Zukunft verbessern?

**Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann

Das Budget ist im PDF-Format auf der Homepage hinterlegt und so zusammengestellt, dass ein problemloses Ausdrucken möglich ist. Natürlich wird man versuchen, dem – durchaus verständlichen – Wunsch nachzukommen, um eine bessere Lesbarkeit zu ermöglichen. Solche Wünsche bewirken aber natürlich wieder zu Zusatzaufwand und führen nicht zur Effizienzsteigerung in der Verwaltung.

**Marco Arni**, Fraktionschef DYM

Seit der Schliessung der Einmündung der Frikartstrasse in die Strengelbacherstrasse gibt es sehr viel Ausweichverkehr auf der Junkermattstrasse und der Wuhrmattstrasse. Obwohl ein Fahrverbot signalisiert ist und ein zusätzliches aufgestellt wurde, werden diese Strassen sehr oft befahren. In der Anfangsphase erfolgten intensive Kontrollen. In den letzten Wochen fanden aber keine solchen mehr statt, obschon die Situation überhaupt nicht befriedigend und die Verkehrssicherheit der vielen spielenden Kinder nicht gewährleistet ist. Warum wurden die Massnahmen reduziert und was gedenkt man zur Verbesserung der Situation zu unternehmen?

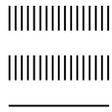
**Andreas Rüeegger**, Stadtrat

Es ist eine Information an die Anwohner erfolgt, sich zu melden, falls der Verkehr zunimmt. Nach wie vor finden periodische Kontrollen durch die Regionalpolizei statt und es wurden Bussen ausgesprochen. Eine dauernde Präsenz durch die Securitas wäre natürlich möglich, hätte aber zusätzliche Kosten zur Folge. Zudem kann die Stadt nicht alleine entscheiden, da es sich um ein Kantonsstrassenprojekt handelt, bei welchem der Kanton federführend ist.

**Christiane Guyer**, Stadträtin

Ergänzend hält sie fest, dass es sich mit dem Verkehr eigentlich wie mit dem Wasser verhält. Stoppt man dieses an einem Ort, fliesst es woanders durch.

In letzter Zeit erfolgten sehr intensive Kontrollen in diesem Quartier, welche nun etwas reduziert wurden. Es ist nicht möglich, die Polizei über einen längeren Zeitraum nur dieses eine Quartier kontrollieren zu lassen, sonst kann der Auftrag der lokalen Sicherheit im Vertragsgebiet nicht mehr korrekt erfüllt werden. Für einen konstanten Einsatz der DARU-Wache wären Verhandlungen mit dem Kanton notwendig.



**Pascal Stenz, FDP**

Nach einer Umfrage an die Ratsmitglieder, wer von ihnen ein Motorrad besitzt und wer weiss, ab welcher Uhrzeit das Fahrverbot in der Altstadt gilt, erläutert er, dass nach seiner Ansicht das Fahrverbot, welches ab 19.00 Uhr gilt, nicht mehr zeitgemäss ist. Zudem möchte er wissen, mit welcher Begründung dieses damals eingeführt wurde. Es scheint der Wirtschaft nicht zuträglich, wenn man nicht in die Stadt hineinfahren darf oder – nach 19.00 Uhr – seinen 400-kg-Koloss stossen muss, um aus der Stadt zu gelangen.

**Andreas Rüeegger, Stadtrat**

Aus welchen Gründen die Einführung damals erfolgte, kann nicht aus dem Stegreif gesagt werden. Grundsätzlich ist geplant, in der laufenden Legislatur ein Strategiepapier „Altstadt“ zu erstellen und erste konkrete Massnahmen umzusetzen. Es ist vorgesehen, den Verkehr in der Stadt gesamtheitlich zu analysieren und das Verkehrsregime (Signalisationen, Zufahrten, Parkierung etc.) zu überprüfen. In einem partizipativen Prozess sollen alle Interessengruppen miteinbezogen werden, damit eine tragbare Lösung mit weniger Verboten und Signalen gefunden werden kann. Mittels geeigneter Massnahmen soll eine grössere Attraktivität der Altstadt erreicht werden – sowohl für die Anwohner und das Gewerbe als auch für den Verkehr (ruhender Verkehr, Parkierung, Fussgänger, Fahrradfahrer, Motorradfahrer und Automobilisten). Ein grosses Thema wird dabei die Lärmbelastung sein. Es gilt eine zufriedenstellende Lösung für alle zu finden.

**Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann**

Auch ihm ist nicht bekannt, wann die Regelung betr. Motorradfahrverbots eingeführt wurde. Diese besteht schon seit sehr langer Zeit. Deshalb soll die Problematik in einem breiten Rahmen angegangen und neu aufgerollt werden.

**Robert Weishaupt, DYM/CVP**

Als ehemaliger Altstadtbewohner ist ihm noch bekannt, dass die Einführung erfolgte, weil Motorräder nicht gerade leise sind und die Bewohnenden eine gewisse Ruhe in der Altstadt gewünscht hatten. Er macht beliebt, dass diese Regelung weitgehend beibehalten werden soll, vielleicht mit einer zeitlichen Verschiebung nach hinten.

**Pascal Stenz, FDP**

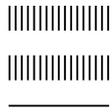
Er merkt an, dass auch verschiedene Autos grossen Lärm machen und fragt an, ob es möglich wäre, Verkehrskontrollen auch in der Altstadt durchzuführen.

**Marcel Thüler, Fraktionschef SP/JUSO**

In den vergangenen Jahren erhielten die Ratsmitglieder verschiedentlich Einladungen für Apéros, Spatenstiche und weiteres. Es handelt sich sicherlich immer um spannende Anlässe, an denen er leider nie teilnehmen konnte, weil diese jeweils am Nachmittag oder kurz vor dem Mittag stattfanden. Bestimmt geht es den anderen Ratsmitgliedern ähnlich. Könnten solche Termine zeitlich nicht so gelegt werden, dass eine Teilnahme wirklich möglich wäre?

**Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann**

Das Anliegen wird aufgenommen und findet zumindest bei den Einladungen, welche durch die Stadt beeinflusst werden können, Berücksichtigung.



**Adrian Borer**, DYM/glp

Beim Henzmann-Kreisel entsteht die neue Überbauung „Forum“. Auch ein Parkhaus wird gebaut. Hat man bereits Überlegungen angestellt, ob und in welcher Weise dies Auswirkungen auf die Belegung des Altstadt-/Bahnhofparkings haben wird? Sind finanzielle Einbussen zu erwarten?

**Andreas Rügger**, Stadtrat

Die Auswirkungen des neuen Parkhauses können nicht genau vorausgesagt werden. Es kann dazu führen, dass die Belegung des Bahnhofparkings etwas abnehmen wird. Dieses ist jedoch sehr gut ausgelastet. Es gab schon Reklamationen von Dauerkartenbesitzern, dass ihnen kein Platz mehr zur Verfügung stand. Das neue Parkhaus könnte dabei helfen, die Belegung auf einem gesunden und erträglichen Niveau zu stabilisieren.

**Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann

Er hält ergänzend fest, dass nicht mit einer grossen Konkurrenz gerechnet wird, da die Preise im Bahnhofparking sehr günstig sind. Auch aufgrund der regen Benutzung in der Sparte Park+Ride kann man davon ausgehen, dass sich keine entscheidende Verlagerung ergeben wird.

Art. 27

## Verabschiedung

**Miriam Ruf-Eppler**, Vizepräsidentin

Sie informiert, dass **Benjamin Gut** vom 3. Juli 2010 bis 31. Oktober 2014 Mitglied des Einwohnerrates war. Er hatte Einsitz in den einwohnerrätlichen Spezialkommissionen „Ortsplanungsrevision“ und „Neubau Quartierschulhaus BZZ“. Seit dem 1. Januar 2014 war er Abgeordneter im Gemeindeverband erzo „KVA“ und „ARA“. Er wurde immer als kritischer und fairer Ratskollege wahrgenommen und die Demission wird bedauert. Für die geleistete Arbeit im Sinn und Geist der Stadt Zofingen wird ihm der beste Dank ausgesprochen und viel Glück für die private und berufliche Zukunft gewünscht.

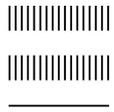
Benjamin Gut erhält die obligaten Geschenke.

(Applaus)

Es folgt die angekündigte Anfrage, wer sich für ein gemeinsames Nachtessen nach der letzten Sitzung vom 24. November 2014 ausspricht. Nachdem die Mehrheit dafür ist, wird rechtzeitig eine Information über die gewählte Lokalität erfolgen.

Die Vizepräsidentin weist nochmals auf das Datum der nächsten Sitzung hin und bedankt sich für das lange Ausharren und die Mitarbeit. Sie spricht den Verwaltungsmitarbeitenden ihren Dank aus und bedankt sich bei der Stadtsaalcrew für die Unterstützung. Für das Spezialbriefing, welches sie erhalten hat, bedankt sie sich bei der Stadtkanzlei.

Die Sitzung wird um 21.32 Uhr geschlossen.



Für getreues Protokoll:

Miriam Ruf-Eppler  
Vizepräsidentin

Arthur Senn  
Protokollführer